

Egl. Der ursprüngliche Tarif der Einkommensteuer kommt aus dem Jahre 1919/20. Bei dieser Aufstellung war auf die Geldentwertung fast gar keine Rücksicht genommen worden. Heute ist der internationale Wert der Mark etwa 2 bis 3 Pfennige.

Die Markeneinkommen belaufen nur noch den 20. Teil ihrer Friedensaufkraft, jedoch also jetzt ein Einkommen von 5000 M. nach seiner Kaufkraft einem Friedenseinkommen von 2500 M. entspricht. Unter diesen Umständen müsste das im wesentlichen auf die Friedensaufkraft der Mark abgestimmte Gesetz der jüngsten Kausatz angepaßt werden. Das entsprechende Papiermarkeneinkommen im Betrage von 200000 M. hat jetzt 22,75 Prozent Einkommenssteuer zu entrichten. Hier ist die Erhöhung der Einkommenssteuer also nicht voll dem Rückgang der Kaufkraft gefolgt. Ein Einkommen von 5000 M. hätte nach dem ursprünglichen Tarif 27,2 Proz. zu entrichten, das entsprechende Papiermarkeneinkommen von 1 Mill. hat aber jetzt 38,5 Proz. zu entrichten. Auch hier ergibt sich, daß die Geldentwertung nicht im vollen Umfang berücksichtigt worden ist. Trotz der durch die Geldentwertung gebotenen Entlastung des Einkommenssteueraristes ist zu erwarten, daß das im Tarif für 1922 vorgesehene Aufkommen an Einkommenssteuer im Betrage von 23 Milliarden M. mindestens erreicht wird, da mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung auch durchweg die nominelle Höhe der Einkommen in Mark außerordentlich gestiegen ist und dadurch die Erhöhung der Steuerabgabe zweifellos ausgeglichen wird. Bereits auf der Brüsseler Konferenz ist auf die starke Anspannung der direkten Steuern in Deutschland hingewiesen worden, und vor einiger Zeit hat ein bekannter französischer Sachverständiger sich in dem Sinne ausgesprochen, daß die direkten Steuern in Deutschland zu hoch seien, und daher nicht voll eingehen. Was die Erhebung der Einkommenssteuer anlangt, so ist mit dem größten Nachdruck von Seiten des Reichsfinanzministeriums davor gewarnt worden, daß die Veranlagung zur Reichseinkommenssteuer für das Rechnungsjahr 1920 abfallen sollt. Nach den vorliegenden Berichten der Landesfinanzämter ist damit zu rechnen, daß diese Veranlagung bis Ende dieses Monats wohl vollendet ist. Dann wird auch die Einziehung der Einkommenssteuer folgen. Ferner ist Anordnung getroffen worden, daß an die Veranlagung der Einkommenssteuer für das Rechnungsjahr 1921 anschließt, die dann spätestens bis Mitte 1922 zu Ende geführt sein muß. Um den Fortgang der bisherigen Arbeiten nicht zu föhren, ist auch vorgeschlagen worden, die Vermögenssteuer erst im Jahre 1923 erstmals zu erheben, um im Jahre 1922 wenigstens in bezug auf die Schaffung neuer Steuern den Steuerbehörden eine Atempause zu gewähren, die es ihnen ermöglicht, in diesem Jahre die vorhandene große Arbeit zu bewältigen und einen Zusammenbruch zu vermeiden.

Nach eingehender Geschäftsausordnungsdebatte wurde die Vertragung der Beratungen bis zu einem Zeitpunkt beschlossen, der im Einvernehmen mit der Regierung von dem Vorsitzenden bestimmt wird.

### Das Reparationsproblem.

Die deutsche Abordnung für Cannes ist gestern Vormittag in Paris angereist und nachmittags um 1/2 Uhr nach Cannes weitergereist. Die Delegation wird in Cannes im Parcotel wohnen. Sie ist Gast des französischen Staates. Nach einer Meldung des

## Ein Jahr sächsischer Politik.

(Fortsetzung von Seite 1.)

### (Geschäftsbericht des Ministerpräsidenten. Schlußwort.)

nahmen das notwendige organische Zusammensetzen der verschiedenen Ministerien zu einer einheitlichen Gesamtpolitik herbeizuführen. Dem Gesamtministerium, dessen geschäftsführende Dienststelle die Staatskanzlei ist, sind unterstellt die Disziplinargerichte, der Kompetenzgerichtshof, die Oberrechnungskammer, das Oberverwaltungsgericht, das Hauptstaatsarchiv und die Sächsische Staatszeitung.

Die Vorbereitung für die Einkommenssteuer über das Vermögen und die Ansprüche des vormaligen Königs und seines Hauses mit dem Freistaat Sachsen wurde durch die Staatskanzlei gemeinschaftlich mit dem Finanzministerium wesentlich gefördert. Die beiderseitigen Kommissionen bearbeiteten zurzeit das vorliegende umfangreiche Material. Ausgabe der staatlichen Kommission ist die Bahnrechnung der Interessen des Staates unter Beachtung der nachweisbar einwandfreien Ansprüche des vormaligen Königs. Die vom Landtag zu der staatlichen Kommission hinzugezogenen Vertreter haben bereits Begegnungen gehabt, in einer Sitzung einen Bericht über den Sachstand entgegenzunehmen und das sorgsam zusammengeholtene Altenmaterial zu prüfen. Es liegt im Interesse beider Vertragsparteien, diese schwierige Angelegenheit zu einem baldigen Abschluß zu bringen.

Durch die Staatskanzlei vollzieht sich der gesamte Geschäftsvorleiter der Regierung mit dem Landtag und mit der Presse, nicht ganz wenigen auch mit unzähligen Privatpersonen, die in dritter Abweichung allerlei Anregungen, Wünsche, Beschwerden und Proteste an den Ministerpräsidenten oder an das Gesamtministerium richteten. Diese Korrespondenz hatte zeitweilig einen sehr erheblichen Umsatz angenommen. Es mag auch in diesem Zusammenhang auf etwas hingewiesen werden, daß schon verschiedentlich in der Presse befürchtet wurde, daß Eingaben, die nicht an die zunächst zuständigen Behörden gerichtet werden, kann in der Regel kein Bescheid erzielt werden. Solche Eingaben, die nicht im ausschließlichen Staatsinteresse liegen, können überhaupt nur kontrolliert werden, wenn ihnen Rückporto beigegeben ist. Unmöglich ist es, einzelne Personen und Deputationen ohne vorherige Anmeldung ihres beobachteten Besuchs und ohne vorherige Angabe ihres Vorbringens in den Amtsgebäuden schwierigen inner- und außenpolitischen Verhältnissen gut plausiblen Vorwärtsentwicklungen beigetragen zu haben, muß entzögeln und ermutigen zu dem Aufruf an alle, die guten Willens sind, auch im Jahre 1922 gemeinsam zu weiterer fruchtbarer Arbeit beizutragen für Volk und Vaterland!

**"Intransigent"** aus Cannes soll die erste Verhandlung mit der deutschen Delegation vor dem Obersten Rat heute nachmittag 2 Uhr stattfinden.

(Eigene Meldung.)

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag um fünf Uhr mit dem Stand der Reparationsfrage. Dr. Rathenau steht in ständiger Füllung mit der Regierung, und wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, sind bereits neue Berichte Dr. Rathenau eingelaufen, die zur Unterlage weiterer Kabinettberatungen gemacht

verschlägig Auskunft über die Organisation der Behörden und der in ihnen tätigen Beamten gibt. Einige Bitten mögen die enge Führung erlauben, die zwischen der Regierung und der Presse durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei aufrechterhalten wird. Es sind im Berichtsjahr rund 700 größere und kleinere Presseartikel verarbeitet worden, zu denen gegen 1000 allenthalb gewordene amtliche Auskünfte an Pressevertreter hanommen, die meist auch zu Pressenotizen geführt haben. Gegen 1900 Zeitungsausschnitte wurden bearbeitet. Außerdem wurden den Behörden im 206 Berichten 8779 Pressemeldungen aus allerlei Zeitungen über ihre Beförderungsangelegenheiten vermittelten.

Hervorgehoben sei ferner die Neuregelung des amtlichen Bekanntmachungsblattwesens, über die in der "Staatszeitung" ausführlich berichtet worden ist. Die Schwierigkeiten lagen in der Kostenbelastung der Gewerbe, welche gefährdet würde und eine große Arbeitslosigkeit die Folge sein könnte. Auch eine Verkürzung des Kohlenpreises sei aus dem gleichen Grunde nicht angängig, da von Seiten der Entente ja selbst zugegeben worden sei, daß der deutsche Inlandspreis für Kohle bereits höher sei als der französische Marktpreis. Eine Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife dürfte keinesfalls über die für den 1. Februar in Aussicht genommenen Tarife hinaus eingeschaut werden, da die gleiche Höchstbelastung für Handel und Industrie darstellen. Die deutsche Wirtschaft dürfe solange keinen neuen Belastungen ausgesetzt werden, solange sich nicht die aus der für den 1. Februar angekündigten Tarifänderungen folgende Verkürzung der Lebenshaltung übersehen ließe.

Gleichzeitig neue Aufgaben sind von den verschiedenen Ministerien bereits in Angriff genommen worden und im neuen Tätigkeitsjahr zu erledigen. Es gilt, eine Festigung der innerpolitischen Verhältnisse der Landesverwaltung zu erreichen, sowohl dies in selbständiger Regierungsläufigkeit auf Grund der Landesbefreiung und innerhalb des von der Verfassung des Deutschen Reiches vorgeschriebenen Rahmens möglich ist. Die verschiedenen Aufsätze zeigen, wie die Arbeit der Regierung eingeteilt ist und erweisen die pflichtmäßige Erfüllung der den einzelnen Ministerien zufallenden Aufgaben. Da in unseren schwierigen Zeiten die Zahl der Unzufriedenen und Ungezüglichen leider größer ist als die Zahl der ruhig und gerecht Urtreuen, läßt sich eine ungezielte Anerkennung des tatsächlichen Geleisteten nicht erwarten. Es kann zugegeben werden, daß wohl kein Minister mit dem von ihm Ereichten voll zufrieden sein wird. Über das Bewußtsein, zum mindesten das Mögliche erreicht und unter denkbaren schwierigen inner- und außenpolitischen Verhältnissen gut plausiblen Vorwärtsentwicklungen beigetragen zu haben, muß entschädigen und ermutigen zu dem Aufruf an alle, die guten Willens sind, auch im Jahre 1922 gemeinsam zu weiterer fruchtbarer Arbeit beizutragen für Volk und Vaterland!

werden sollen. Über die Mission Dr. Rothenau und die ihm erteilten Vollmachten ist eine genaue Auskunft von der Regierung zurzeit noch nicht zu erlangen, doch wird und von gut orientierter Seite mitgeteilt, daß Dr. Rothenau nicht nur den Auftrag habe, auf Fragen, die seitens des Obersten Rates in bezug auf Deutschland gestellt werden, Auskunft zu erzielen, sondern daß er in gewissem Maße sogar ermächtigt worden sei, prinzipiell Gestaltungen, soweit sie sich auf finanzielle Maßnahmen Deutschlands erfreuen, abzugeben.

und Strangelsche von der menschlichen Gesellschaft distanziert. Wenn nun die Okkultisten als ernste Wissenschaftler angesehen werden wollen, so hätten sie nicht so sehr die naturwissenschaftlichen Erfahrungstheorien zu bestimmen, sondern müßten trachten, den Beweis ihrer Vorauflistung zu erbringen, daß es nämlich eine, unter gewissen Bedingungen vom Körper unabhängige Seele gibt, ein Beweis, der so sehr auch unseren Wünschen und unserer Sehnsucht entsprechen würde, in weiter Ferne steht, wenn nicht ganz unmöglich ist.

**Reußländer Schauspielhaus.** („Hannaleis Himmelskäfer“ von Gerhart Hauptmann.) Es war ein guter künstlerischer Gedanke des Herrn Direktors Paul Willi, das nächtende Gedicht von der Himmelskäfer der kleinen Hannalei Mattern wieder in den Spielplan aufzunehmen. Theatralisch möchte er, will er der von ihm sehr zart und poetisch verklärte in Szene gesetzten Aufführung auch volle darstellerische Rundung verleihen, darauf verzichten, den Lehrer Gottwald (und den Freunden) selbs zu spielen. Er besitzt weder die Erfindung für diese Gestalt, noch vor allem die künstlerischen Mittel, sie auszuwerten; dagegen hat er in Herrn Werner Rafael zweifellos eine Kraft, die voll dazu berufen ist, die lichtverfürzte Erscheinung des Fremden zu verkörpern. Das Hannalei hat, wie zu erwarten war, eine ganz ausgesuchte Darstellerin im Tel. Trude Spalke gefunden, und auch die Schweizer Martha, durch Tel. Agnes Hammer verkörper, steht in schöner Anschaulichkeit, aber zugleich auch als tiefseelische Erscheinung im Rahmen des Spiels. Und da weiter Herr Albert Willi den Vater Hannalei mit großem darstellerischen Schwunge spielt, so ergibt sich ein Gesamteinindruck von starke künstlerischer Wirkung, der noch nachhaltiger sein wird, wenn der Lehrer Gottwald Händen anvertraut wird, die diese bestimmende Erscheinung des Werkes voll zur Geltung zu bringen vermögen.

Die Künstler Max Marckalls zum Werke

gestern nachmittag fand auch eine Treibbesprechung statt, in der die Ansicht der beteiligten Künstlerin darüber gehörte, wie weit die deutsche Regierung solchen Maßnahmen, wie sie Deutschland von Seiten des Obersten Rates aufgelegt werden sollen, zustimmen könnte. An das Reichsfinanzministerium sind bereits zahlreiche Proteste deutscher Industrieverbände ergangen, die sich gegen den Beschluß des Obersten Rates richten, der Deutschland zur Erhebung seiner Höhe auf Goldgrundlage veranlassen soll. In diesen Protesten wird darauf hingewiesen, daß damit die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie wegen der gewaltigen Verkürzung auf schwere Gefahr gestellt würde und eine grobe Arbeitslosigkeit die Folge sein könnte. Auch eine Verkürzung des Kohlenpreises sei aus dem gleichen Grunde nicht angängig, da von Seiten der Entente ja selbst zugegeben worden sei, daß der deutsche Inlandspreis für Kohle bereits höher sei als der französische Marktpreis. Eine Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife dürfte keinesfalls über die für den 1. Februar in Aussicht genommenen Tarife hinaus eingeschaut werden, da die gleiche Höchstbelastung für Handel und Industrie darstellen. Die deutsche Wirtschaft dürfe solange keinen neuen Belastungen ausgesetzt werden, solange sich nicht die aus der für den 1. Februar angekündigten Tarifänderungen folgende Verkürzung der Lebenshaltung übersehen ließe.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus parlamentarischen Kreisen hört, nimmt man an, daß gleich nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus Cannes, die Ende dieser Woche zu erwarten ist, der auswärtige Aufenthalt des Reichstages zusammenzutreten wird, um den Bericht über die Verhandlungen mit dem Obersten Rat entgegenzunehmen.

Eine hohe Meldung aus Cannes glaubt folgende Angaben über die Abfahrt der deutschen Delegierten machen zu können: „Man verabschiedet in Kreisen der französischen Delegation, daß die deutschen Vertreter in Cannes der Konferenz wichtige Gegenbeschläge über die Wiedergutmachung vorlegen werden. Außerdem glaubt man, sie würden einen Plan bezüglich des wirtschaftlichen Weiterbaus Europas überbringen. Schließlich werden sie vorschlagen, Frankreich neue Garantien für seine Sicherheit zu geben, sodass sie indirekt an dem französisch-englischen Vereinommen teilnehmen können.“

Im Gegensatz dazu steht eine Berliner Meldung des „Petit Parisien“, dessen Geschäftsmann behauptet, die Delegation habe den Auftrag, sich darauf zu befragen, dem Obersten Rat die Auskünfte zu liefern, die von ihm verlangt werden. Die Delegation habe, nicht die Aufgabe, sich in Verhandlungen einzulassen. Es scheint allerdings, daß Dr. Rothenau persönlich genügend Vollmachten erhalten habe, um gegebenenfalls an Verhandlungen teilzunehmen, und daß ihm andererseits ein gewisser Spielraum zur Initiative von dem Berliner Kabinett befohlen wurde. Wie die Bedingungen für ein Teilmotoratorium angehen, so sei zu erwarten, daß die deutschen Delegierten erläutern würden, es sei unmöglich, Toll-, Eisenbahn-, Posttarife und die Kohlenpreise zu erhöhen und gleichzeitig den Preis der Lebenshaltung in die Höhe zu treiben. Schon aus diesem Grunde und wegen der Rothenauigkeit, in Papiermarkt die

## Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 11. Januar.

### Telepathie.

Von Dr. Georg Strelitzer.

(Fortsetzung und Schluss.)

In letzter Zeit haben ja genaue Beobachtungen einwandfrei festgestellt, daß z. B. das menschliche Auge Elektrizität austströmt, und man hat auch deren Menge durch elektrische Messapparate nachweisen können. Ebenso strahlen die Finger- und Ohrmuschelpunkte Elektrizität aus. Durch diese Emissiologen werden verschiedene Erscheinungen wie das „Von den Augen ablesen“ und andere Empfindungs- und Vorstellungskontakte des Wunderbaren entdeckt. Nach meiner Ansicht: dürfen der Okkultismus in dem Augenblick gegenstandslos werden, wenn das urästhetische Wesen der elektrischen Energie einmal festgestellt sein wird. Dies ist aber bisher nicht der Fall, denn die meisten telepathischen Phänomene beruhen zweifellos auf einem elektrischen Kontakt. In diesem Falle trifft auch der Einwand Dr. Tschiers in bezug auf die Okkultistischen Anschauungen nicht zu: „Häls diese physische Energie an Ganglionellen gebunden sein sollte, so müßte sie beim Übergang von dem einen auf das andere Individuum in eine andere Energie umgewandelt werden. Wenn jedoch keine Umwandlung nötig sein sollte, müßte demnach die physische Energie als solche übergehen, und zwar müßte dann, da ja diese physische Energie nicht den physischen Inhalt irgendwie repräsentiert oder mit dem physischen eng verbunden dieses hinüber transportiert, diese physische Energiestrahlung die Vorstellung selbst sein; denn das ist ja eben der Standpunkt Okkults, daß das Physische eine Energie ist und sonst nichts, sobald es auf physischem Gebiete nichts anderes als Energieschwingungen psychischer Art gibt. Ich glaube, der Monist wird nicht geneigt sein, etwas Physisches anzusehen, was durch den Raum

gehend von einem Individuum zum anderen die betreffende Vorstellung überträgt.“ Demgegenüber wollen wir folgendes Bild nehmen, unter der Vorauflistung, daß jeder Mensch elektrische Wellen austrägt (es betrifft ein Grenzgebiet von Telepathie und Okkultismus): A hält sich in Berlin auf, B beispielsweise in Breslau. B ist frisch und denkt an A. Seine elektrische Energieaustrahlung hat eine gewisse Wellenlänge, die je nach dem körperlichen Energiezustand eine variable ist. Es kann nun in einem Augenblick der Fall sein, daß A in Berlin die selbe Wellenlänge der Energieaustrahlung besitzt wie B, und ein gewisser Fernkontakt ist hergestellt, der notwendigerweise, wenn auch für ganz kurze Zeit, bei beiden Personen gleiche Lebensfunktionen und demnach auch gleiche Gedankenstellungen hervorrufen muß. Die Energie braucht dabei keine physische zu sein, da wir der Überzeugung sind, daß das Physische das primär Begabte ist und demnach durch einen rein physischen Kontakt auch der physische erfolgt. Okkultistische Theorie beruht auf der Annahme, daß es als „prinzipiell“ ausgeschlossen angesehen werden muß, auf physischem Boden zu einem Verständnis der Erscheinungen zu gelangen. Das ist aber ein Dogma, das jedem ernsthaften Naturwissenschaftler unannehmbar dünkt; das Fundament alter Wissenschaften ist aber die Materie. Dinge, die wir gegenwärtig noch nicht physisch ableiten können, müssen deshalb noch lange nicht physischen (im Sinne der Okkultisten) oder gar übernatürlichen Ursprungs sein. Wenn man noch vor 200 Jahren Bily und Donnererscheinungen als übernatürliche Dinge angesehen hat, weil man damals eben noch keine physikalische Erklärung dafür zu geben vermochte, so stehen die Okkultisten in bezug auf die telepathischen und sogenannten „okkulten“ Vorgänge heute auf einem anderen Standpunkt. Die Grundthese der Okkultwissenschaft beruht auf jahrtausende alten Erfahrungen und Beobachtungen der Natur-

wissenschaften unter der Leitung heimes Kapellmeisters Karl Sommer summungsvoll wiedergegeben. W. Eggers schreibt: „Sächsischer Altertumsverein. Die erste Sitzung im neuen Jahre am Montag, den 9. Januar, eröffnete der erste Vorsitzende Weh. Reg.-Rat Dr. Ernisch mit dem Neujahrsgruß an die Mitglieder. Sodann gedachte er der Toten des vergangenen Vereinsjahrs, deren Gedächtnis die Anwesenden in der üblichen Weise ehrt. Die vom Vorstand angelegte Gründung eines Finanzierungsausschusses bestehend aus den Herren Generald. Ins. Barth, Generalkonsul a. D. v. Klempeter, Kaufmann Ulter, Handelsrichter Hög und Hofmarschall Schr. v. Berlepsch wurde von der Versammlung genehmigt. Nach Aufnahme einer Anzahl neuer Mitglieder wies der Schriftführer Weh. Reg.-Rat Dr. Lippert auf den neu aufgelegten zweiten Band der sächsischen Schriftenzüge O. E. Schmidt hin, den die Mitglieder zu ermöglichtem Preis erhalten, sowie auf T. Hanfes verdienstvolles Buch „August der Starke im Urteil seiner Zeit und der Nachwelt“. Er teilte seiner mit, daß der Vorstand wie bisher den Staatsarchivar Dr. A. Naumann als außerordentliches Mitglied hinzugezogen hat. Den Vortrag des Abends hielt Dr. W. Junius über „Nürnberg und die sächsische Kunst im ausgehenden Mittelalter“. Auf die einzige kurze Blüte der sächsischen Kunst im 13. Jahrhundert war ein Stillstand erfolgt, der erst in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts einen neuen Aufschwung wisch. Die Weltiner, vor allen die Kunstsiedlung Wittenberg einen Mittelpunkt neuen sächsischen Künstelebens, allerdings mit Hilfe fremder Nürnberger Werkstätten. Die berühmte Wittenberger Gießhütte lieferte schon im Jahre 1487 einen bronzenen Taufstein für Wittenberg und Peter Böhmer und seine Söhne Peter und Hans Jöcher die großartigen Grab-